

Bund förderte saubere Luft in Köln bisher mit 41 Millionen Euro

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring hat am Donnerstag im Bundestag der Bundesregierung, insbesondere Verkehrsminister Scheuer, ausdrücklich für die Unterstützung Kölns gedankt. Ressortübergreifend hat die Stadt Köln im Rahmen des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017-2020“ bisher Fördermittel in Höhe von 41.511.214 Euro bewilligt bekommen. Anträge über knapp drei Millionen Euro sind aktuell noch in der Prüfung. „Unsere Ziele sind langfristige Lösungen, die Umwelt, Mobilität und Lebensrealität gleichermaßen berücksichtigen. Mit den geförderten Maßnahmen können wir den Verkehr optimieren, Staus reduzieren und die Luftqualität in Köln spürbar verbessern“, so MdB Möring.

Bundestagsbeschluss macht Dieselfahrverbote vermeidbar

Der Bundestag hat am Donnerstag eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes beschlossen. In namentlicher Abstimmung votierten 458 Abgeordnete für, 118 Abgeordnete gegen die Regierungsvorlage. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung mögliche Fahrverbote aufgrund der Überschreitung des EU-Grenzwertes für Stickstoffdioxid erheblich einschränken. Sie sollen künftig nur dann in Erwägung gezogen werden können, wenn in den betroffenen Gebieten ein Jahresmittelwert von 50 Mikrogramm NO_x pro Kubikmeter Luft überschritten wird. Der EU-Grenzwert liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft.



„Sind auf gutem Weg“: Kölns CDU-MdB Karsten Möring begründete in der Debatte die Zustimmung zu den Gesetzesänderungen (Foto: privat)

„Ein guter Tag für Köln!“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring, der als zuständiger Sprecher der CDU/CSU-Fraktion die Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes im Bundestag begründete. Denn in Köln liegt nur der Clevische Ring in Mülheim über 50 Mikrogramm. ([Hier geht es zur Rede](#))

PKW der Schadstoffklassen Euro VI werden pauschal von möglichen Fahrverboten ausgenommen. Ebenfalls ausgenommen werden nachgerüstete PKW der Klassen Euro IV und Euro V sowie unter bestimmten Bedingungen nachgerüstete Busse, schwere Kommunalfahrzeuge sowie Handwerker- und Lieferfahrzeuge (2,8 bis 7,5 Tonnen).

Im parlamentarischen Verfahren wurden aus Gründen der Gleichbehandlung weitere Ausnahmen für Fahrzeuge der privaten Entsorgungswirtschaft vorgenommen. Die Ausnahmeregelungen für Handwerkerfahrzeuge wurden zudem räumlich ausgeweitet. Neben diesen gesetzlichen Regelungen bleiben den lokalen Behörden weitere Möglichkeiten für Ausnahmen.

„Wir setzen den Grenzwert damit nicht außer Kraft, sondern wir definieren Maßnahmen, mit denen wir den Grenzwert auch in Köln schnellstmöglich erreichen wollen. Dabei bestimmt das Gesetz die Verhältnismäßigkeit und benennt Fahrverbote als Möglichkeit nur bei erheblicher Überschreitung des Grenzwerts. Deshalb erwarte ich, dass die Berufungsinstanz das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts mit der Anordnung eines Dieselfahrverbots in der gesamten Umweltzone aufhebt“, so MdB Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

am 9. April werden die Gewinner des Deutschen Computerspielpreises im Berliner Admiralspalast gekürt. Dem Entwickler des "Besten deutschen Spiels"



winkt ein Preisgeld in Höhe von 100.000 Euro. Ausrichter sind die Bundesregierung und der Verband der deutschen Gamesbranche gemeinsam. Mit dem Preis werden die besonderen Leistungen der Industrie gewürdigt. Gleichzeitig soll auf das hohe Niveau deutscher Computer- und Videospiele aufmerksam gemacht und die heimische Gamingindustrie angekurbelt werden.

Der deutsche Gaming-Markt boomt. Mehr als 500 Unternehmen entwickeln und vertreiben Computerspiele. Die Branche zählt fast 30.000 Beschäftigte. Der Umsatz bei Computer- und Videospiele betrug 2017 rund 3,3 Milliarden Euro. Damit ist Deutschland europäischer Spitzenreiter.

Daher freue ich mich sehr, dass die Gamescom, die weltweit größte Messe für Video- und Computerspiele mit hunderttausenden Besuchern aus aller Welt, nun weiterhin in Köln bleibt. Dafür hatten auch Ministerpräsident Armin Laschet und Oberbürgermeisterin Henriette Reker intensiv geworben. Für die Domstadt eine tolle Nachricht, die für das weltoffene, dynamische Image Kölns als moderne Metropole sowie für die Entwicklung ihrer Attraktivität und Wirtschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Arzttermine: Patient muss im Mittelpunkt stehen

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag das Terminservice- und Versorgungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz wird eine bessere medizinische Versorgung von gesetzlich Versicherten gewährleisten. Kürzere Wartezeiten, eine bessere Unterstützung bei der Suche nach einem Arzttermin durch den Ausbau der Terminservicestellen und ein erweitertes Sprechstundenangebot bei Ärzten in deren Praxis sind Eckpunkte der Verordnung. Die Mediziner sollen wöchentlich statt bisher mindestens 20 Stunden zukünftig 25 Stunden Sprechzeit anbieten. Gleichzeitig sollen Fachärzte auch offene Sprechstunden anbieten. Parallel dazu werden die Ärzte für erbrachte Mehrleistungen zusätzlich vergütet. Außerdem werden die ländlichen Räume gestärkt. So sollen Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten Räumen praktizieren, über regionale Zuschläge besonders unterstützt werden. Schließlich ist auch die Ausweitung des Kassenleistungsrechts für bestimmte Behandlungen vorgesehen.

„Mit dem Gesetz verbessern wir den Zugang zur medizinischen Versorgung von gesetzlich Krankenversicherten im ambulanten Sektor und schaffen die Voraussetzungen für kürzere Wartezeiten beim Arzt. Damit reagieren wir auf den verständlichen Ärger der Bürger über zu lange Wartezeiten und setzen unser Versprechen zur Verbesserung dieser Situation zügig um.“, so MdB Karsten Möring.

Geologiedatengesetz zur Endlagersuche notwendig

In einem öffentlichen Fachgespräch berichteten vergangene Woche die zuständigen Einrichtungen im Umweltausschuss über den aktuellen Status bei der Standortsuche für ein Endlager. Damit wurden in der letzten Wahlperiode ein eigenes Bundesamt für Entsorgungssicherheit als Aufsichtsbehörde, die Bundesgesellschaft für Endlager sowie ein zivilgesellschaftliches Nationales Begleitgremium beauftragt. Die Suche ist systematisch so angelegt, dass ungeeignete Gebiete Schritt für Schritt anhand gesetzlich festgelegter Kriterien ausgeschlossen werden. Dafür werden umfangreiche geologische Daten analysiert, die auch öffentlich zugänglich sein sollen.

Ebenfalls in der vergangenen Woche debattierte der Bundestag Anträge der Grünen und Linken zu einem Betriebsverbot der Urananreicherung und Brennelementefertigung in Gronau und Lingen. In der Debatte äußerte Karsten Möring Verständnis für Sorgen der Menschen wegen der Störanfälligkeit der belgischen Kernkraftwerke. Er teile die Meinung, dass die deutsche Politik alles tun müsse, um die Nachbarn zu bewegen, das Maximale für die Sicherheit zu tun und zumindest die angekündigten Abschalttermine einzuhalten. Er dankte insbesondere Ministerpräsident Armin Laschet für seinen Einsatz bei diesem Thema. „Wir können sie aber nicht zwingen, die Reaktoren

möglichst morgen abzuschalten oder deutsche Standards zu übernehmen“, denn dafür gäbe es keinerlei rechtliche Handhabe, so MdB Möring. Die Forderung, die ganze Welt müsse aus der Atomenergie aussteigen, sei „eine Hybris, die uns gar nicht zusteht“, so Möring. Wir könnten nur durch eine gelingende Energiewende zum Vorbild werden und anderen Ländern zeigen, dass es ohne Kernenergie geht, meinte Möring.



So sieht ein Brennelement eines Kugelhaufenreaktors aus, ein Reaktortyp, der in den Anfangsjahren des Kernkraftwerksbaus erprobt wurde, sich aber nicht durchsetzen konnte. In bestrahlter Form ist es hoch radioaktiv und muss in Deutschland nach Fertigstellung des Endlagers sicher entsorgt werden. Bis dahin befinden sich solche abgebrannten Elemente in hochgesicherten Zwischenlagern in speziellen Sicherheitsbehältern. (Foto: H.Häßler)

Wie im Koalitionsvertrag festgelegt, „wollen wir in Deutschland Erhalt von Fachwissen und -personal für Betrieb, Rückbau und zu Sicherheitsfragen bei Nuklearanlagen“ sicherstellen. Deshalb lehne die Union auch Forderungen nach einem Verbot der Urananreicherung und der Brennelementeproduktion ab. Das sei eine „symbolorientierte, man kann auch sagen populistische Politik“, so MdB Möring.

Ein Ausstieg würde Deutschland wichtiger Kompetenzen berauben. Notwendig sei, Forschung und Lehre in der Kerntechnik in Deutschland zu behalten. Dazu gehöre auch weiterhin der Export von sicherheitsrelevanten Bestandteilen ausländischer Kernkraftwerke. (Zur Rede)

Impressum:

Ausgabe Nr. 28 der 19. Wahlperiode

16. März 2019

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611

Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

